

PRESSEINFORMATION

6. Dezember 2017

Bilanz der chemisch-pharmazeutischen Industrie 2017

Rundum gutes Jahr für die deutsche Chemie

- Produktion steigt 2017 um 2,5 Prozent, Umsatz legt 5,5 Prozent zu
- Höchster Stand der Beschäftigung seit 13 Jahren: 451.500 Mitarbeiter
- Prognose 2018: Produktion plus 2 Prozent, Umsatzzanstieg von 3 Prozent
- Gegen energiepolitische Maßnahmen, die zu höheren Strompreisen führen
- Beim Chemikalienrecht Großbritannien trotz Brexit eng an die EU binden

2017 war ein ausgesprochen gutes Jahr für die chemisch-pharmazeutische Industrie mit kräftigem Umsatzwachstum von über 5 Prozent. Durch eine starke Industriekonjunktur in ganz Europa, die im Jahresverlauf noch Fahrt aufnahm, steigerte sich die Produktion deutlich und die Auslastung der Anlagen blieb hoch. Alle Sparten – auch die Basischemie – verbuchten einen Mengenzuwachs, berichtet der Verband der Chemischen Industrie (VCI) in seiner Jahresbilanz.

Das Auslandsgeschäft profitierte von der robusten Nachfrage aus China, der Belebung der Wirtschaft in den USA und der wirtschaftlichen Stabilisierung in den Schwellenländern. Insgesamt stieg die Chemie-Produktion inklusive Pharma um 2,5 Prozent. Der Aufschwung in Deutschlands drittgrößter Branche führte mit 451.500 Mitarbeitern zum höchsten Beschäftigungsstand seit dreizehn Jahren. „Nach eher durchwachsenen Ergebnissen in den drei vorherigen Jahren hat 2017 das Prädikat ‚gut‘ ohne Einschränkung verdient“, sagte VCI-Präsident Kurt Bock.

Prognose: Auch für 2018 geht der VCI von einem weiteren Wachstum der Branche aus: Der Verband erwartet eine Zunahme der Produktion von 2 Prozent. Bei leicht steigenden Preisen (+1 Prozent) sollte der Umsatz um 3 Prozent zulegen. Das Jahresergebnis der Branche könnte 2018 damit erstmals die Schwelle von 200 Milliarden Euro erreichen. Für das Auslands- und das Inlandsgeschäft prognostiziert der VCI annähernd gleich hohe Wachstumsraten.

Zu den Aussichten der Branche stellte Bock fest: „Wir sind zuversichtlich, dass sich der Aufschwung im kommenden Jahr fortsetzt. Im Inland bleibt die Dynamik der Industrieproduktion hoch. Gleichzeitig scheint der Aufwärtstrend in Europa intakt, dadurch dürfte das Exportgeschäft weiter Rückenwind bekommen. Aber politisch müssen wir uns weiter auf turbulente Zeiten einstellen.“

Daten und Fakten zur Jahresbilanz 2017 der deutschen Chemie

Kapazitätsauslastung: Die Produktionsanlagen waren das Jahr über mit 86,7 Prozent überdurchschnittlich gut ausgelastet.

Umsatz: Ein positives Mengengeschäft mit steigenden Erzeugerpreisen von plus 3 Prozent sicherte den deutschen Chemie- und Pharmaunternehmen ein kräftiges Umsatzplus. Die Erlöse der Branche legten insgesamt um 5,5 Prozent auf knapp 195 Milliarden Euro zu. Der Inlandsumsatz steigerte sich um 4,5 Prozent auf 74,4 Milliarden Euro; der Umsatz mit ausländischen Kunden erhöhte sich sogar um 6,5 Prozent auf 120,4 Milliarden Euro. Neben dem Europageschäft (+ 5,5 Prozent) verliefen auch die Verkäufe nach Nordamerika (+ 3 Prozent) und Asien (+ 8 Prozent) positiv.

Beschäftigung: Die Zahl der Mitarbeiter in der Branche stieg um 1 Prozent auf 451.500 Personen. Das ist der höchste Beschäftigungsstand in der chemisch-pharmazeutischen Industrie seit dem Jahr 2004. Der Tiefpunkt lag mit 414.800 Beschäftigten im Jahr 2010.

Unsicheres politisches Umfeld

Zum Problem der schwierigen Regierungsbildung in Berlin sagte VCI-Präsident Bock, es sei bedauerlich und unbefriedigend, dass die Politik sich bisher nicht auf einen gemeinsamen Plan für die Zukunftssicherung des Standortes und die Modernisierung der Gesellschaft habe einigen können. Parteien übergreifender Konsens sei es aber, Bildung, Forschung und Innovation zu stärken. Dafür werde als Instrument auch eine steuerliche Forschungsförderung befürwortet. „Die chemisch-pharmazeutische Industrie wird jeden Euro, den die Unternehmen durch die Einführung einer steuerlichen FuE-Förderung erhalten, in zusätzliche Forschungsaktivitäten in Deutschland in mindestens gleicher Höhe investieren“, versicherte Bock.

Bock warnte stellvertretend für die gesamte energieintensive Industrie in Deutschland vor politischen Konzepten, die zu weiteren Erhöhungen der Strompreise und einer Gefährdung der Versorgungssicherheit führten. Der VCI spricht sich daher gegen eine nationale CO₂-Steuer oder einen überhasteten Ausstieg aus der Kohleverstromung aus. Die Klimaschutzpolitik in Deutschland müsse sich stattdessen auf Sektoren außerhalb des EU-Emissionshandels konzentrieren. Dieser regelt Energiewirtschaft und Industrie klimapolitisch bereits umfassend. Die vor wenigen Wochen verabschiedete Reform der entsprechenden EU-Richtlinie schreibe der Industrie ab 2021 noch schärfere Emissionssenkungen vor als bisher, so Bock. Gleichzeitig habe die EU

Maßnahmen beschlossen, die den Preis der CO₂-Zertifikate und damit die Kosten für die Unternehmen erhöhten. „Nationale Regelungen zusätzlich zum EU-Emissionshandel wären nur Doppelregelungen ohne Nutzen für den Klimaschutz“, betonte der VCI-Präsident.

Verhandlungen über den Brexit

Die chemisch-pharmazeutische Industrie beobachtet die Verhandlungen zwischen Brüssel und London über den Brexit aufmerksam. Großbritannien ist ein wichtiger Handelspartner und einer der größten Märkte in der EU für die Branche. 2016 verkaufte sie Produkte im Wert von fast 12 Milliarden Euro dorthin (6,7 Prozent der deutschen Chemieexporte). Den größten Anteil machten Spezialchemikalien und Pharmazeutika aus. Gleichzeitig führten deutsche Chemieunternehmen Erzeugnisse für über 6,4 Milliarden Euro (5,2 Prozent) von der Insel ein. Dazu gehörten vor allem pharmazeutische Produkte und Petrochemikalien.

Wie stark sich der Brexit auf die deutschen Chemieunternehmen auswirkt, hängt vor allem vom Ergebnis der Verhandlungen ab, wie die künftigen Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien ausgestaltet werden. Jährliche Zollzahlungen von 200 Millionen Euro sind möglich, sollte die britische Regierung Chemie- und Pharmazölle auf dem Niveau der heutigen EU-Außenzölle einführen. Noch größere Belastungen seien zu erwarten, wenn sich für die Branche spezifische Regulierungen – wie zum Beispiel das Chemikalienrecht REACH oder die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln und Bioziden – in Zukunft unterschiedlich entwickeln, betonte Bock. „Wir brauchen eine möglichst weitgehende gegenseitige Anerkennung und gleiche Standards.“ Dafür müsse Großbritannien durch ein umfassendes Abkommen möglichst eng an die EU gebunden bleiben.

Der VCI vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen von rund 1.700 deutschen Chemieunternehmen und deutschen Tochterunternehmen ausländischer Konzerne gegenüber Politik, Behörden, anderen Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Medien. Der VCI steht für mehr als 90 Prozent der deutschen Chemie. Die Branche setzte 2016 rund 185 Milliarden Euro um und beschäftigt über 447.000 Mitarbeiter.

Kontakt: VCI-Pressestelle, Telefon: 069 2556-1496, E-Mail: presse@vci.de
<http://twitter.com/chemieverband> und <http://facebook.com/chemieverbandVCI>